

Bildungsrepublik Deutschland? Hochschulen zwischen Exzellenz, Reformbaustelle und Unterfinanzierung

Einleitung zum Schwerpunkt

von Holger Schoneville, Mathias Lomb, Michael Reschke und Werner Thole



Foto: www.fotolia.com, © Fotolia IV

Werden die Wortmeldungen der politischen Parteien und der Regierungen auf den unterschiedlichen Ebenen ernst genommen, dann kommt der Bildung im Allgemeinen und die der Hochschulen im Speziellen, sowohl in Bezug auf die dort stattfindende Lehre als auch hinsichtlich der Forschung, eine kaum noch zu übertreffende Bedeutung zu. Über alle Parteien hinweg sind Stimmen zu hören, die sich in den diversen Chören einreihen, welche die zentrale Bedeutung von Bildung beschwören und hier stets auch die Forschung und Lehre an den deutschen anwendungsorientierten Hochschulen und Universitäten hervorheben. An der Spitze dieser „Huldigungschöre“ der Bildung platziert sich die Bundeskanzlerin. Sie war es, die vor zwei Jahren die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausrief.

Zur Lage der Hochschulen

Eigentümlicher Weise stehen diesem überparteilichen Singsang harte Fakten

gegenüber, die an der politischen Realisierung der an Bildung gekoppelten Zukunftshoffnung deutliche Zweifel aufkommen lassen. Kein Geheimnis ist beispielsweise, dass die Bildungsausgaben pro TeilnehmerIn am Bildungssystem in Deutschland absolut gemessen zwar höher liegen als im OECD-Durchschnitt, im relationalen Vergleich schneidet Deutschland aber deutlich unterdurchschnittlich ab. So hält unter anderem der Bildungsbericht 2010 fest, dass Investitionen für Bildungseinrichtungen in Deutschland im Jahr 2006 lediglich 4,8% des Bruttoinlandproduktes betragen, während der OECD-Durchschnitt bei 5,7% liegt (vgl. Bildungsbericht 2010, S. 33). Was sich hier im Allgemeinen zeigt, findet seinen Widerhall auch hinsichtlich der Finanzierung der Hochschulen. Sowohl die Hochschulrektorenkonferenz als auch die Kultusministerkonferenz konstatieren seit Jahren eine Unterfinanzierung der Einrichtungen des Bildungssystems. Wissenschaftliche Studien und Exper-

tisen weisen dabei sogar auf schrumpfende Ressourcen für die Hochschulen hin: „Während [...] der Trend der Hochschulausgaben zu jeweiligen Preisen einen kontinuierlichen Anstieg suggeriert, zeigt die preisbereinigte Entwicklung ab 1993 einen stetigen Rückgang der Ressourcenausstattung des Hochschulsystems an“ (Timmermann 2010, S. 9). Die Feststellung, dass in Deutschland im prozentualen Vergleich deutlich weniger als in anderen Ländern in Bildung investiert wird, ist also keineswegs neu. Dennoch ist sie bemerkenswert und vor dem Hintergrund eines erheblichen Fachkräftemangels und einer weiterhin steigenden Bedeutung von qualitativ hochwertiger Lehre und Forschung durchaus auch erstaunlich.

Für die Hochschulen sind deren Bedeutungsgewinn in den politischen Diskursen einerseits und deren realpolitische Berücksichtigung in den zur Verfügung gestellten Etats, insbesondere auf Länderebene, jedoch dramatisch und verbunden mit erheblichen Belastungen. Das derzeitige System wird insbesondere durch die Finanzierung durch Studiengebühren sowie „Ersatzmittel“ zusammengehalten. Jedoch stellen die Studiengebühren sowie entsprechende Ersatzmittel keine verlässliche Finanzierungsgrundlage dar, die in den Aufbau von festen Strukturen fließen könnten. Vielerorts hat dies dazu geführt, dass kleinere, wenig abgestimmte Projekte an den Hochschulen initiiert wurden, die dann mehr oder weniger Studierenden zu gute kommen sollen.

Die vermeintliche Rettung der Hochschulhaushalte durch Studiengebühren – und das ist das wesentliche Argument – wird jedoch auf dem Rücken der derzeitigen und zukünftigen Studierendengenerationen ausgetragen und stellt ein höchst unsoziales Instrument dar. Zentrale Probleme der Lehre an den deutschen Hochschulen, wie beispielsweise das quantitative Betreuungsverhältnis von Lehrenden zu Studierenden, werden mit diesen Instrumenten nur unzureichend angegangen.

Die Hochschullandschaft in Deutschland ist nicht nur genauso reformerfahren wie reformierungsbedürftig, sondern auch reformmüde und zuweilen sogar reformresistent. Die Veränderungen betreffen dabei alle zentralen Bereiche der Hochschulen. Wie steht es also bei all dem Reform-Singsang um die Choreographie des Hochschulsystems in Deutschland? Diese Frage durchzieht und verbindet die Beiträge des Heftschwerpunkts. Die Artikel können dabei lediglich eine Auswahl der aktuellen Themen im Hochschulbereich abdecken, wollen zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit führen und zur Diskussion über die Gestaltung des Hochschulsystems anregen.

Eine zentrale politische Reformierung in jüngerer Zeit ist sicherlich der so genannte Bologna-Prozess. Er zielt im Kern auf eine Anpassung und Angleichung des europäischen Hochschulraums und geht mit der Einführung von modularisierten Bachelor- und Masterstudiengängen einher. Der deutsche Weg dieser Reformierung stößt dabei nicht nur auf Jubel und Beifall, sondern auch auf heftige Kritik: Verregelt und verkürzt, nach ökonomischen Interessen ausgerichtet und deprofessionalisierend seien die neuen Studiengänge, zudem würde die internationale Mobilität nicht gestärkt, sondern eher gehemmt und die im Ausland zuvor geschätzten Abschlüsse würden durch die Angleichung abgewertet.

Zu den Beiträgen

Während das Hochschulsystem in den vergangenen zehn Jahren umfassenden Veränderungen unterworfen wurde, bleiben die Anforderungen, die aus studentischer Perspektive an die Hochschulen gestellt werden müssen, so *Erkan Ertan* in seinem Beitrag, im Kern seit Jahrzehnten die gleichen: Es geht darum, dass das Lernen und Lehren im hochschulischen Kontext mehr Aufmerksamkeit benötigt und sich Lehrende und Studierende als Gemeinschaft von Lernenden, Forschenden und Lehrenden begreifen können, dass die Studi-

enfinanzierung durch das BAföG zeitgerecht gestaltet wird und dass Studierende an der Gestaltung der Hochschulen im Sinne einer demokratischen Hochschule umfassend mitwirken können müssen.

Die zweite wichtige Reform in Bezug auf die Hochschullandschaft betrifft weniger die Lehre, als die Forschung. Obwohl im ursprünglichen Konzept auch die Lehre eine Rolle spielen sollte, ist diese zumindest in der medialen Darstellung kaum thematisiert worden. Die so genannte Exzellenzinitiative, also die Suche nach „Deutschlands Superuni“, ist zwar auf Deutschland beschränkt, findet seinen Ausgangspunkt jedoch auch im Kontext eines internationalen Argumentes. Die zentrale Motivation bestand darin, dass in Deutschland Hochschulen entstehen, die im internationalen Vergleich Stand halten können.

Der umfassenden Reformierung des Hochschulsystems in Deutschland unterliegt, so argumentiert *Peer Pasternack* in seinem Beitrag, seit einigen Jahren der Soundtrack der Exzellenz. Die durch die Hochschulen schallenden Beats haben in den vergangenen Jahren nicht nur für ordentlich Stimmung in und unter den Hochschulen, sondern auch für eine Differenzierung der bundesrepublikanischen Hochschullandschaft gesorgt. Der Beitrag zeichnet dabei nicht nur die Entwicklungslinien der – von Rot-Grün angestoßenen – Exzellenzinitiative nach, sondern weist auch kritisch auf die Folgen für das deutsche Wissenschaftssystem hin.

Die Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland sind nicht nur einer der zentralen formalen Bildungsorte, sondern auch ein Arbeitsplatz für mehr als 500.000 Beschäftigte. Vor dem Hintergrund der Frage „Welche Hochschule wollen wir?“ bezieht *Andreas Keller* in seinem Beitrag Stellung und benennt – Bezug nehmend auf die anstehende Debatte innerhalb des DGB – zentrale Eckpunkte eines innovativen und kritischen hochschulpolitischen Programms. Dieses habe sich im

Kern am Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule zu orientieren. *Andreas Keller* argumentiert dabei, dass Lehre und Forschung sowie die Arbeitsbedingungen von WissenschaftlerInnen zwei Seiten derselben Medaille darstellen. Exzellente Lehre und Forschung müsse aus diesem Grund mit guten Arbeitsbedingungen und sicheren Zukunftsperspektiven einhergehen.

Dass die meritokratische Versprechung des Bildungssystems, das Selektion ausschließlich hinsichtlich von Leistung vollzogen wird, eine Illusion darstellt, gehört in Bezug auf schulische Bildung, spätestens seit der öffentlichen Diskussion der PISA-Ergebnisse zum Allgemeinwissen bildungspolitischer Debatten. Der Eintritt in das Hochschulsystem für Studierende aus nicht-akademischen Herkunftsfamilien kann vor diesem Hintergrund als ein äußerst gelungener Bildungsverlauf bezeichnet werden. *Andrea Lange-Vester* weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass sich auch innerhalb hochschulischer Bildung Selektionsprozesse vollziehen.

Ulrich Brand regt mit seinem Beitrag einen Diskussionsprozess zu den Inhalten und zur Funktion von Wissenschaft an, welche sich in Lehre und Forschung als kritische Wissenschaft versteht. Er legt dabei einen Definitionsversuch vor, in dem er davon ausgeht, dass Reflexion und Kritik zu den zentralen Bedingungen moderner Gesellschaften gehören. Darüber hinaus nimmt er bilanzierend zu den Entwicklungen und zum derzeitigen Stand kritischer Wissenschaft Stellung. Dabei zeichnet er nach, dass unter den Bedingungen der letzten Jahre – finanzielle Einsparungen, gestiegener Konkurrenzdruck – die kritische Wissenschaft an vielen Stellen aus den Hochschulen gedrängt wurde.

Im Interview nimmt *Edelgard Bulmahn* als ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung und Vorsitzende des Kuratoriums

des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie Stellung und reflektiert dabei auch die durch sie mit angestoßenen Initiativen im hochschulpolitischen Kontext.

Ausblick

Nicht wenige gehen von einer Verschiebung der gesellschaftlichen Strukturierung in den kommenden Jahren aus und prognostizieren eine noch radikalere Umbruch als schon gegenwärtig, weg von der reichumsproduzierenden, den kapitalistischen Marktgesetzen gehorchenden Risiko- zu einer kaum weniger Ungleichheit dokumentierenden, wissensbasierten Bildungsgesellschaft. Auch wenn den damit verbundenen Diagnosen nicht vollends gefolgt wird, scheint sicher, dass die individuelle Verfügbarkeit über Bildung zukünftig noch ausgeprägter über die Platzierung in der und die jeweils gegebenen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilnahme an der Gesellschaft entscheiden. Bildung wird auf allen Ebenen an Bedeutung gewinnen. Mit dieser Entwicklung sind für die Hochschulen enorme Veränderungen verbunden. Absehbar ist, dass die immer noch existierenden Unterschiede zwischen anwendungsorientierten Hochschulen – Fachhochschulen – und forschungsbezogenen Universitäten sukzessive verschwinden. Die ehemaligen Fachhochschulen werden sich über kurz oder lang in das universitäre Bildungssystem integrieren oder, wo möglich, mit den ebenfalls am Ort existierenden Universitäten fusionieren. Gesteuert über diesen Prozess werden sich die jetzt schon bestehenden Statusunterschiede der Hochschulen und Universitäten verschieben. Die alte Differenz wird abgelöst durch die Differenz zwischen einerseits forschungsorientierten und andererseits lehrbezogenen Universitäten.

Doch auch unabhängig von dieser kaum noch aufzuhaltenden Verschiebung und Neugliederung der bundesrepublikanischen

Hochschullandschaft haben alle Hochschulen die Aufgabe zu bewältigen, sich neben einer deutlich stärkeren internationalen Präsentation und Vernetzung noch stärker in die regionalen und lokalen Bildungslandschaften einzubringen. Das an den Hochschulen produzierte und hier versammelte Wissen wird die regionalen Bedarfe an Wissen zu befriedigen haben, über neue Formen des Transfers von Informationen, über neue Kooperationen, aber auch durch für alle BürgerInnen zugängliche „Wissenschaftsläden“. Hochschulen haben sich deutlicher als bislang in die regionalen und lokalen Bildungslandschaften zu integrieren. Wenn die Gesellschaft dies wünscht, muss sie jedoch den Hochschulen auch die dafür notwendigen Ressourcen bereit stellen. ■

☞ Holger Schoneville ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung an der Universität Kassel.

☞ Mathias Lomb ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Sozialrecht der Rehabilitation und Recht der behinderten Menschen an der Universität Kassel und Sprecher der jungen GEW Hessen.

☞ Michael Reschke studiert Politikwissenschaften, Geschichte und Soziologie an der Universität Kassel und ist Mitglied des Juso-Bundesvorstandes.

☞ Werner Thole ist Hochschullehrer am Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung an der Universität Kassel sowie Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE).

Literatur

■ Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung (2010). Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengeprägter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an dem Sekundarbereich. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

■ Timmermann, D. (2010). Alternativen der Hochschulfinanzierung. Demokratische und Soziale Hochschule. Arbeitspapier 211. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.